



2023/09 Reportage

<https://shop.jungle.world/artikel/2023/09/nachhaltig-biologisch-kurz-vor-dem-aus>

Orangenkleinbauern in Brasilien setzen Hoffnung in die neue Regierung

Nachhaltig, biologisch, kurz vor dem Aus

Reportage Von **Knut Henkel**

Brasilien ist der größte Orangenproduzent der Welt. Drei Branchenschwergewichte dominieren das Geschäft, für kleine und nachhaltige Obstproduzenten ist da kaum Platz. Hoffnung liegt auf der neuen Regierung.

Domingos Cardoso de Avila schiebt mit einem weichen Besen Hunderte von Orangen in Richtung Fließband. Der hagere Mann mit dem braunen Schlapphut und der dunklen Sonnenbrille steht in einem der fünf oder sechs Betontrichter, die zur Orangensortieranlage der Kooperative Coopealnor gehören. Mehrere Tonnen Saftorangen, oft grün, selten knallorange, kullern über den sauberen, mit reichlich Gefälle versehenen Betonboden der trichterförmigen Box. Vor einer halben Stunde hat ein Fahrer seine LKW-Ladung Saftorangen ganz vorsichtig hier abgeladen. Die eine Hälfte hat schon über das Fließband die Sortieranlage passiert, die andere schiebt de Avila peu à peu mit seinem Besen hinterher.

Die Sonne steht noch nicht allzu hoch am Himmel, sie hat aber schon in diesen frühen Morgenstunden Kraft. Der Geruch von reifen Zitrusfrüchten hängt schwer in der Luft rund um die Anlage in der Provinzstadt Rio Real, im Nordosten des Bundesstaats Bahia im Osten Brasiliens. Sie zählt zu den wichtigen Obstanbaugebieten der Region. »Auf rund 21 000 Hektar werden in der Gemeinde Rio Real Orangen und andere Früchte angebaut. Wir sind eine der wenigen Genossenschaften in der Region, haben 82 Mitglieder und exportieren Biotafelorangen und vor allem Bioorangensaft nach Europa, auch nach Deutschland«, sagt der 68jährige de Avila und blinzelt in die Sonne.

Die Pandemie und die vier Jahre unter der Regierung des erzkonservativen Präsidenten Jair Bolsonaro haben tiefe Spuren hinterlassen.

Er gehört zu den Gründern der kleinbäuerlichen Kooperative des Litoral Norte (Cooperativa Agropecuária Mista do Litoral Norte) und ist auch für mehrere Jahre ihr Sprecher gewesen. Mittlerweile haben seine vier Söhne das Gros der Arbeit übernommen. Zwei arbeiten auf

den insgesamt vier Farmen, die die Familie unterhält, darunter auch eine Viehfarm, die anderen beiden in der Sortieranlage. Dort fahren während der Erntezeit zwischen Februar und Mai die LKW in kurzen Abständen ein und nach zwei oder drei Stunden Wartezeit mit der sortierten Premiumware weiter zur Saftfabrik Topfruit im kleinen Nachbarstaat Sergipe, wo die Orangen zu Saftkonzentrat weiterverarbeitet werden. Das wird unter anderem an das Fair-Trade-Unternehmen Gepa in Wuppertal sowie an andere europäische Abnehmer exportiert.

30 bis 40 Prozent der Ernte würden derzeit exportiert, so de Avila, der Rest bleibe in Brasilien. Der landet in konventionellen Saftfabriken oder wird als Tafelorange an den Endverbraucher ausgeliefert – derzeit allerdings zu Preisen, die den Genossen die Sorgenfalten auf die Stirn treiben. »Die meisten von uns produzieren Bioorangen, liefern Premiumqualität, ernten in Handarbeit, erhalten aber immer öfter einen Preis, der nur knapp über dem der konventionellen Ware liegt«, ärgert sich der Mann mit der knarzigen, heiseren Stimme und schüttelt missbilligend den kantigen Kopf über die mangelnde Wertschätzung seiner Landsleute, deren Kaufkraft allerdings auch sinkt.

Die Covid-19-Pandemie und die vier Jahre unter der Regierung des erzreaktionären Präsidenten Jair Bolsonaro haben tiefe Spuren hinterlassen. Eine Studie aus dem Frühjahr 2022 weist nach, dass die Ernährung von rund 125 Millionen Brasilianer:innen nicht mehr gesichert ist. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (knapp 59 Prozent) ist demnach von leichtem, mittelschwerem oder schweren Hunger bedroht, so das brasilianische Forschungsnetzwerk für Lebensmittel- und Ernährungssouveränität und -sicherheit (Rede Penssan). Das Ausmaß der Hungerbedrohung sei wieder auf Werte wie in den neunziger Jahren geklettert. Die Daten wurden zwischen November 2021 und April 2022 auf der Grundlage von Befragungen in knapp 13 000 Haushalten in städtischen und ländlichen Gebieten erhoben.

Neben der Pandemie hat den Studienautoren zufolge der fortgesetzte Abbau sozialstaatlicher Strukturen und öffentlicher Maßnahmen die Situation verschärft. Hinzu kämen die sich verschlechternde Wirtschaftslage und die wachsende soziale Ungleichheit. Die Förder- und Sozialprogramme sowohl für die kleinbäuerliche Landwirtschaft als auch für bedürftige Bevölkerungsschichten seien zwischen 2018 und 2022 unter dem damaligen Präsidenten Jair Bolsonaro abgebaut worden, halten Sozialwissenschaftler fest und raten zur politischen Kehrtwende.

Hoffen auf den Politikwechsel

Die erhoffen sich auch viele Kleinbauern aus Rio Real, darunter die Genossen Jairo de Souza Rios und Nelson Borges. Beide bewirtschaften rund 3,5 Hektar Land, bauen Bioorangen an und sind alles andere als zufrieden mit der Marktentwicklung. »Ich bin stolz darauf, dass ich ein gesundes Bioprodukt anbaue, habe aber kein Verständnis dafür, dass der Preisunterschied zwischen einer konventionellen und einer ökologisch angebauten Orange minimal ist«, moniert der 39jährige de Souza Rios. Der hagere Mann, der eine Maske und gegen die hochstehende Sonne einen Hut trägt, bewirtschaftet seine Farm in Eigenregie, produziert außer Orangen noch 44 weitere Obstsorten, meist für den Eigenkonsum – und macht sich Sorgen um die Zukunft. »Die Nachfrage nach unserem

Produkt von unseren europäischen Partnern ist alles andere als zufriedenstellend, die interne Nachfrage ebenfalls mau. Unter dem Strich blicken wir in eine ungewisse Zukunft«, meint der Orangenbauer und serviert den Besuchern frische Kokosnüsse.

Etwas ändern daran könnte der Regierungswechsel in der Hauptstadt Brasilia, wo das Kabinett von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Januar vereidigt wurde. Nachhaltiger und ressourcenschonender soll das neue, noch in der Entwicklung steckende Wirtschaftskonzept aussehen. Dazu gehört auch, die Abholzung in der brasilianischen Amazonasregion zu beenden. Das sind Ziele, die die Kleinbauern aus Rio Real durchaus teilen. Gesetzliche Vorgaben für mehr Nachhaltigkeit könnten die kleinen Betriebe vor den alles andere als ökologisch vertretbaren Anbaukonzepten der drei großen Saftkonzerne schützen, die den Markt dominieren: Cutrale und Citrosuco aus Brasilien und die niederländische Louis Dreyfus Company. Das ist aber kurzfristig kaum zu erwarten, weil die drei Großkonzerne viel zu einflussreich und im politischen Establishment Brasílias exzellent vernetzt sind.

Nachhaltiger und ressourcen- schonender soll das neue, noch in der Entwicklung steckende Wirtschaftskonzept aussehen.

Anders als noch vor sechs, sieben Jahren ist die Bolsonaro-Fraktion im Parlament nicht nur zahlenmäßig groß, sondern auch auf der Straße nicht zu unterschätzen, wie die Bilder vom 9. Januar zeigen. Eine Meute von Anhängern Bolsonaros tobte mit Nationalflagge oder im Trikot der brasilianischen Nationalmannschaft durch das Regierungsviertel in Brasilia und stürmte das Kongressgebäude, den Präsidentenpalast und den Sitz des Obersten Gerichts, zertrümmerte Türen und Fenster. In der Abgeordnetenkammer, dem Unterhaus des brasilianischen Kongresses, ist Bolsonaros Liberale Partei (PL) die stärkste Kraft, was das Regieren für Luiz Inácio Lula da Silva schwierig machen könnte. Dessen Arbeiterpartei (PT) bildet mit der Grünen Partei und der Kommunistischen Partei Brasiliens das Bündnis »Brasilien der Hoffnung«. Bolsonaros PL verfügt in der am 1. Februar begonnenen Legislaturperiode über fast jede fünfte Stimme in der Abgeordnetenkammer und bildet zusammen mit ihren Verbündeten im Senat die Mehrheit. Unter den neuen Senatoren befinden sich einige ehemalige Minister Bolsonaros, wie Damares Alves, Marcos Pontes und Rogério Marinho, der ehemalige Staatssekretär Jorge Seif, der ehemalige Justizminister und Unterstützer Bolsonaros, Sergio Moro, und der ehemalige Vizepräsident Hamilton Mourão.

Gewerkschaftlicher Aufbau

»Die Regierung von Lula da Silva hat durchaus die Option, zur Förderpolitik für Kleinbauern und Familienbetriebe zurückzukehren. Staatliche Vorgabe war, dass pauschal 30 Prozent der öffentlichen Beschaffung auf diese Betriebe entfallen müssten«, sagt Carlos Eduardo Chaves Silva. Der 41jährige Anwalt arbeitet für die Gewerkschaft der Landarbeiter und Kleinbauern (Contar) und fährt regelmäßig nach Rio Real und ins São-Francisco-Tal in Bahia. Dort werden die meisten brasilianischen Mangos und Trauben geerntet, hier und in der Region von Rio Real werden Erntearbeiter:innen systematisch ausgebeutet. Meist werden sie aus Brasiliens armem Norden hergefahren und in Unterkünften zusammengepfercht. Für diese müssen sie auch noch überbezahlte Preise

zahlen, genauso wie für Lebensmittel, die ihre Vorgesetzten anbieten.

Weitere Gründe für Chaves Silvas regelmäßige Besuche der Region sind das Vorhaben, eine gewerkschaftliche Anlaufstelle aufzubauen, sowie das Bemühen, die Genossenschaften in der Region zu stärken. Obstbauern, zu denen auch die Farmen von de Avila gehören, haben sich hier in der Cooperativa Agropecuária Mista do Litoral Norte da Bahia (Coopealnor) zusammengeschlossen, einer zur 1997 gegründeten NGO Central de Associações do Litoral Norte (Cealnor) gehörenden Kooperative. »Genossenschaften wie Coopealnor stellen zwar Personal während der Ernte an, aber meist nur für wenige Tage. Sie zahlen aber, anders als die Zwischenhändler und großen Zulieferer der Fruchtkonzerne, fair«, berichtet der Jurist Silva. Er war Mitte Februar mit einer kleinen Genossenschaftsdelegation in Europa unterwegs, auch bei der Gepa, um über neue Mindestpreise und Prämien zu verhandeln.

»Zwischen 2010 und 2020 kamen wir mit dem Mindestpreis und den Prämien für unsere Fair-Trade- und Bioproduktion hin. Doch mit der Pandemie sind die Preise für Düngemittel, Verpackung und Transport explodiert – sie haben sich teilweise vervierfacht«, klagt der Bauer Jairo de Souza Rios. Hilfe für Arbeiten auf seiner Farm kann er sich kaum mehr leisten, er muss fast alles allein oder mit seiner Frau Hevellyn stemmen. Daran könnte eine steigende Nachfrage aus Europa genauso etwas ändern wie die Neuauflage der Förderpolitik durch die Regierung da Silva. Doch beides lässt auf sich warten und die Rücklagen aus den jüngsten guten Jahren, 2018 und 2019, sind weitgehend aufgezehrt; für die laufende Ernte drohen bereits finanzielle Verluste.

Das macht auch dem Pionier des Bioanbaus, Nelson Borges, zu schaffen. Seit rund 20 Jahren baut er Bioorangen für den Verkauf an, sowie Papayas, Mangos und Drachenfrüchte für den Konsum seiner Familie und der seines Sohnes. Für den 75jährigen Orangenbauer mit dem weißen Dreitagebart und den verschmitzten Lächeln ist noch ein weiterer Aspekt von Bedeutung für die Zukunft seiner Farm und der Genossenschaft: »Wir brauchen Perspektiven für die Jugend. Wenn sie in die Städte abwandert, werden Kleinbauern über kurz oder lang aussterben«, warnt der rüstige Rentner, der die Plantagen seiner kleinen Farm noch selbst bestellt. Er hofft, dass sein Sohn diese irgendwann übernehmen wird. Der bewirtschaftet bereits drei Hektar, produziert Saftorangen in konventionellem Anbau, was längst nicht bei allen Coopealnor-Genossen der Fall ist.

Schutzmaßnahmen gegen Überausbeutung

Nachwuchsprobleme konstatiert auch der Anwalt Chaves Silva, und zwar sowohl bei den Genossenschaften als auch den Gewerkschaften, die in den vier Jahren von Bolsonaros Präsidentschaft unter politischem Druck standen. Hinzu kommt, dass wichtige Kontrollinstanzen wie die Inspektionsteams aus dem Arbeitsministerium und von der Ombudsstelle für Grundrechte, der Procuradoria Geral, untergraben wurden. »Ihre Etats wurden so stark gekürzt, dass sie ihre Arbeit nur partiell erfüllen konnten«, kritisiert der Journalist Leo Sakamoto, der Geschäftsführer von Réporter Brasil. Die NGO aus São Paulo arbeitet zu sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen in Brasilien, der systematische Verletzung grundlegender Arbeitsrechte, aber auch zu Rechten Indigener – sehr umstrittene Themen derzeit.

Die Regierung hat bereits erste Maßnahmen ergriffen, um Fehlentwicklungen unter Bolsonaro zu korrigieren. Ein Beispiel ist die Stärkung des brasilianischen Umweltbundesamts Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis (Ibama), das seit Anfang des Jahres intensiv gegen illegale Goldsucher vorgeht. Im Norden des Landes hat die Behörde veranlasst, dass die Bundespolizei und die Armee Tausende Goldgräber aus dem Reservat der Yanomami an der Grenze zu Venezuela ausweist und ihre Bulldozer, Flugzeuge oder Boote beschlagnahmt. Das Reservat der 28 000 Angehörigen der indigenen Bevölkerungsgruppe ist reich an Bodenschätzen, weswegen in den vergangenen Jahren über 20 000 Goldgräber eingedrungen sein sollen, die schwere Krankheiten eingeschleppt und die Gewässer verseucht haben sollen. »Der Fortschritt des Bergbaus, der von der vorigen Regierung gefördert wurde, führte zu einer humanitären Krise im indigenen Land«, heißt es in einer Mitteilung der Ibama. Lula da Silva hat im Gebiet den medizinischen Notstand ausgerufen.

Außerdem geht die neue Regierung gegen Arbeitsrechtsverletzungen vor, deren Zahl und Ausmaß in den vergangenen vier Jahren deutlich angestiegen sind – auf den Orangenplantagen von São Paulo und Bahia genauso wie im Kaffeeanbaugebiet im Bundesstaat Minas Gerais. »Die harten Fakten aus den Arbeitsministerien der 27 Bundesstaaten Brasiliens sind erschütternd«, so Sakamoto. Demnach wurden 77 000 Menschen zwischen 1995 und 2022 aus sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen befreit. Das Gros von ihnen waren Landarbeiter, sagt Arbeitsrechtsanwalt Chaves Silva. Er wünscht sich mehr Unterstützung der großen Supermarktketten und der Konsumenten in Europa. »In Brasilien stellen wir uns neu auf, versuchen, gemeinsam mit den staatlichen Institutionen bestehende Gesetze durchzusetzen, arbeiten wieder enger mit den Ministerien zusammen. Druck von außen ist aber nötig, um auch präventiv aktiv zu werden«, meint der Jurist. »Da hoffe ich auf das Lieferkettengesetz in Deutschland und in Europa.«

Das deutsche Gesetz trat Anfang Januar unter dem Namen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in Kraft. Es soll zunächst Unternehmen mit mehr als 3 000 Angestellten dazu verpflichten, innerhalb ihrer globalen Lieferketten Kinderarbeit und Umweltverstöße zu verhindern. Ab kommendem Jahr betrifft es bereits Firmen ab 1 000 Mitarbeiter:innen. Die Unternehmen müssen Berichte zu den Arbeitsbedingungen erstellen, die auf den Stationen ihrer Lieferketten herrschen, das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) soll sie überwachen. Allerdings beschränkt sich die Pflicht, Missstände zu beenden, auf direkte Zulieferer, und Umweltrisiken spielen erst eine Rolle, wenn sie zu Menschenrechtsverletzungen führen.

Unternehmen und Lobbyisten der Wirtschaft wettern gegen das Gesetz, weil die Berichterstattungspflicht mit erheblichem Aufwand verbunden sei. Kürzlich erst sagte Michael Schulte Strathaus, der geschäftsführende Gesellschafter einer Maschinenbaufirma aus Nordrhein-Westfalen, der Welt: »Es ist eine unglaubliche Frechheit von der Politik, der Wirtschaft eine solche Aufgabe aufzubürden.« Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hatte Ende Februar gesagt: »Wir haben nach wie vor ein paar Wirtschaftsverbände, die nicht begriffen haben, dass, wer global Profite macht, auch Verantwortung übernehmen muss für Menschenrechte.« Bei einer Reise sagte Heil in der westafrikanischen Côte d'Ivoire: »Ich kann das Gejammer einiger großer Verbände nicht mehr hören.«

Auf EU-Ebene wird ein weiteres Lieferkettengesetz erarbeitet, dessen Entwurf deutlich strengere Regeln vorsieht. Vor allem drängt die EU auf eine zivilrechtliche Haftung für Firmen, die Schadensersatzklagen Betroffener in Europa ermöglichen würde. Hier besteht vor allem Deutschland allerdings darauf, dass zertifizierte Unternehmen von der Haftung für Fahrlässigkeit ausgenommen werden – wohlwissend, dass in der Vergangenheit Audits und Zertifizierungen Firmen nicht von fahrlässigem Handeln abgehalten haben. Die Hoffnung vieler Brasilianer:innen ist trotzdem, dass die großen Unternehmen ihre Lieferanten genauer unter die Lupe nehmen, und dass so kleine nachhaltige Produzenten wie Coopealnor künftig auch größere Supermarktketten beliefern könnten. Das würde den Orangenbauern in Rio Real gefallen, die derzeit am Beginn eines schweren Jahres stehen, aber auch so manchem kleinen Obstbetrieb aus dem São-Francisco-Tal mit seinen weitläufigen Trauben- und Mangopflanzungen. »Wir müssen dafür sorgen, dass die Großen ihren Beitrag leisten«, sagt Anwalt Chavez Silva und beobachtet, wie ein voll beladener LKW die Anlage in Rio Real zur Saftfabrik Topfruit verlässt.